

Gerhard Schüsselbauer, Gesamteuropäisches Studienwerk e.V., Vlotho



TSCHECHISCHE REPUBLIK (Česká republika)

Fläche	78.864 km ² (vergleichbar mit Bayern)
Einwohner	10,5 Mio. (vergleichbar mit Baden-Württemberg)
Hauptstadt	Praha/Prag (1,2 Mio. Einwohner, vergleichbar mit München)
Sprache	Tschechisch
Staatsform	Parlamentarische Republik Zwei-Kammern-System mit Abgeordnetenhaus (200 Sitze) und Senat (81 Sitze) Staatspräsident Václav Klaus (seit 2003 im Amt, wiedergewählt im Februar 2008); ernennt den Ministerpräsidenten, oberste Richter und verfügt über ein suspensives Veto bei Gesetzesvorhaben Neuer Ministerpräsident ist seit Juni 2010 Petr Nečas (Vorsitzender der konservativen Partei ODS); er führt eine Regierungskoalition bestehend aus drei Mitte-Rechts-Parteien
Religion	27 % katholisch; 2,3 protestantisch; andere christliche Kirchen ca. 3,5 % die Mehrheit, knapp 60 Prozent, ist konfessionslos
BIP/Einwohner	21.600 € (nach Kaufkraftstandard, Stand 2008) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 29.300 € Niveau des BIP/Kopf: 80 % des Durchschnitts der EU (27)
BIP-Wachstumsrate	+4,4 % (2008), -4,8 % (2009), +1,5 % (Prognose für 2010)
Wirtschaftssektoren	davon Anteil der Beschäftigten in:
Landwirtschaft	4,6 % Dienstleistung: 54,6 % Industrie: 40,8 %
Inflationsrate	0,6 % (Ende 2009), Prognose für 2010: 1,5 %
Arbeitslosenquote	8,5 % (Prognose 2010)

Aus historischen und politischen Erwägungen („**Rückkehr nach Europa**“ und speziell „**Rückkehr in die Mitte Europas**“) genoss der 2004 erfolgte Beitritt der Tschechischen Republik zur EU einen hohen Stellenwert in der tschechischen Außenpolitik. Auch wenn die Tschechische Republik (gegründet 1993 nach der Auflösung der Tschechoslowakei) im völkerrechtlichen Sinne ein sehr junges europäisches Land darstellt, fühlt sie sich dem europäischen Vermächtnis ihrer früheren Staatsgebilde verpflichtet und weist immer wieder auf die Jahrhunderte alte Tradition der multikulturell ausgerichteten tschechischen Gesellschaft in der Mitte Europas hin. Für die Tschechische Republik hat auch die Verbesserung der mitunter nicht immer konfliktfreien Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Deutschland und Polen, eine besondere Bedeutung. In

den Beziehungen zu Deutschland stellen die Diskussionen um die Wirksamkeit der **Beneš-Dekrete**, die die Enteignung und Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg regelten, eine Belastungsprobe dar. Deutsche Interessengruppen (Vertriebenenverbände) möchten diese Dekrete gänzlich abgeschafft wissen, das tschechische Parlament und der tschechische Staatspräsident halten jedoch an den Dekreten, die im Grunde genommen seit fast 60 Jahren keine rechtliche Wirkung mehr entfalten, fest. Im Gegensatz zu den meisten seiner Politikerkollegen spricht der neue tschechische Außenminister Karol Schwarzenberg nicht verharmlosend von „Abschiebung“ der Sudetendeutschen, sondern offen von Vertreibung.

Das politische System seit 1989

Die Tschechische Republik (Tschechien; vormals Tschechoslowakei, nicht „Tschechei“, dieser Begriff ist historisch aus der Zeit des Dritten Reiches belastet) ist schon immer einen eigenen Weg gegangen (z. B. „Prager Frühling“ 1968 – Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft). Im November 1989 fand die „Samtene Revolution“ statt, die den Schriftsteller und Regime-Kritiker **Václav Havel zum Präsidenten** machte. Seit Ende 1989 hat sich eine politische Demokratie, basierend auf pluralistischen Prinzipien entwickelt. Tschechien hat einen friedlichen Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem Mehrparteiensystem geschafft. Die Grundlagen des Staates – **Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus** – sind fest verankert. Auch die Verfassungsorgane arbeiten einigermaßen effizient. Dennoch müssen noch viele Reformen im Sozialbereich, in der staatlichen und besonders in der Justizverwaltung sowie bei der Regionalisierung/Dezentralisierung durchgeführt werden.

Die Tschechische Republik ähnelt durch das Vorhandensein einer konservativ-bürgerlichen und einer halblinken, sozialdemokratischen Richtung (20,2 % Stimmenanteil für die konservativ-demokratische Partei ODS sowie 22,1 % für die sozialdemokratische Partei ČSSD bei den letzten Wahlen im Juni 2010) sowie einiger kleineren Parteien nur in Ansätzen dem westeuropäischen Parteienspektrum. Man kann in keiner Weise von einer **Konsolidierung der Parteienlandschaft** sprechen. Die neu gegründeten Parteien TOP 09 (konservative Orientierung unter dem neuen „alten“ Außenminister Karol Schwarzenberg, der einer berühmten tschechischen Familiendynastie entstammt) sowie VV (Věci veřejné – Öffentliche Angelegenheiten, die sich für die Stärkung der direkten Demokratie einsetzt) haben die Parteienlandschaft gründlich durcheinander gerüttelt. Zudem gibt es eine echte kommunistische Partei KSČM, die bei den letzten Wahlen immerhin wiederum 26 der 200 Parlamentssitze erringen konnte und nach wie vor über eine Stammwählerschaft verfügt. Die Grünen, die von 2006 bis 2009 bis zum Bruch der Koalition unter dem Ex-Ministerpräsident Mirek Topolánek gar in Regierungsverantwortung mit den Konservativen von ODS gestanden hatten, sowie die Christdemokraten konnten nicht wieder ins Prager Abgeordnetenhaus einziehen.

Somit entstand nach den **Wahlen vom Juni 2010** ein **Fünf-Parteien-Parlament** und ein **Zwei-Lager-Spektrum**, wobei das linke sozialdemokratisch-kommunistische Lager eindeutig als Wahlverlierer dasteht. Die momentane Regierungskoalition, die sich aus drei Mitte-Rechts-Parteien zusammensetzt, verfügt über eine deutliche Mehrheit von insgesamt 118 Sitzen im Abgeordnetenhaus (200 Sitze), hat die Amtsgeschäfte übernommen und sieht sich einem gewaltigen Berg von Aufgaben gegenüber. Ähnlich wie im ebenfalls stark exportorientierten Deutschland gab es in Tschechien einen scharfen Abschwung, der mittlerweile zwar überwunden ist, aber angespannte Staatsfinanzen und sozialpolitische Verwerfungen zurückließ. Besonders das Jahr 2011 wird das große „Streichkonzert an der Moldau“ bringen. Der neue Ministerpräsident Petr

Nečas übt sich in Bescheidenheit und Zurückhaltung, während sein Finanzminister Miroslav Kalousek von der Mitte-Rechts-Partei TOP 09 eine Schlüsselrolle bei den Reformen in den nächsten Jahren einnehmen wird. Umfassende Reformen im Gesundheitswesen, im Renten- sowie im Steuersystem werden das Land auf eine ebenso harte Bewährungsprobe stellen wie die geplante Einführung von Studiengebühren. Gerade im Gesundheitswesen werden enorme sozialpolitische Herausforderungen erwartet, da das geplante Reformwerk lediglich eine Grundversorgung ergänzt durch privat finanzierte Leistungen vorsieht und damit den unumkehrbaren Abschied von einer omnipräsenten staatlichen Gesundheitsfürsorge bedeutet.

Aufgrund der Annahme des **EU-Reformvertrags** durch Irland im Oktober 2009 blickten alle anderen 26 EU-Länder gebannt auf **Václav Klaus**, der sich bis November 2009 weigerte, das Vertragswerk zu unterzeichnen. Selbst der EU-skeptische polnische Staatspräsident Lech Kaczyński war dazu angehalten, seinerseits die Unterschrift unter das Vertragswerk zu setzen, um so den Weg für die Ratifizierung des Vertragswerks freizumachen. Präsident Klaus, der sich selbst gern als „Europa-Realisten“ bezeichnet, nutzte die Situation immer wieder, um die EU-skeptische Haltung der politischen Rechten zu fördern und mit seiner Hinhaltenaktik die Ratifizierung zu behindern. Nach der positiven Entscheidung des tschechischen Verfassungsgerichtes musste der tschechische Staatspräsident seinen Widerstand aufgeben und als letztes Verfassungsorgan den Lissaboner Reformvertrag unterzeichnen.

Formalrechtlich entsprechen die tschechischen Gesetze den **Anforderungen der EU**. Jedoch gibt es wegen der geringen und unzureichenden Fortbildung der Richter oder wegen langwieriger Gerichtsverfahren erhebliche Defizite bei der Umsetzung. Die Vorgaben der Anpassung an die vier Freizügigkeiten des Binnenmarktes (Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) sind bisher zügig umgesetzt worden. Besonders bei der Wahrung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes zeigen sich Lücken. So werden **Roma** im Wirtschaftsleben benachteiligt (z.B. niedrigere Löhne, Beschäftigung ohne Arbeitsvertrag) oder ihnen wurde die Einbürgerung verweigert, obwohl sie in der Tschechischen Republik leben. Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass laut Umfragen die Toleranz gegenüber Minderheiten auf einem niedrigen Niveau verharrt. Das Gesetz über die Rechte nationaler Minderheiten, das im August 2001 in Kraft getreten ist, stärkt den Rechtsrahmen für den Schutz von Minderheiten. Schon im August 2000 wurde ein Regierungsprogramm für die Roma (das „Konzept für die Integration der Roma“) angenommen, das in der praktischen Umsetzung wegen der sozialen Ausgrenzung jedoch vielfach auf konkrete Hürden stößt.

Wirtschaftliche Entwicklung

Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** Tschechiens ist eines der höchsten der neuen EU-Staaten aus dem östlichen Mitteleuropa, der ehemaligen postsozialistischen Transformationsländer. Die Volkswirtschaft zeichnet sich durch ein kontinuierliches Wachstum bei gemäßigter Inflation aus. Tschechien hat beim BIP pro Einwohner bereits 84 % des Durchschnitts der EU (27) erreicht und will bis 2012 bzw. 2013 zum EU-Durchschnitt aufschließen. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt ist nur wenig geringer als beispielsweise das Niveau Griechenlands oder Portugals. Auch bei sozioökonomischen Indikatoren, wie der Säuglingssterblichkeit, dem Bildungsniveau oder dem Alphabetisierungsgrad, schneidet Tschechien im internationalen Vergleich entwickelter Länder gut ab.

Das **Defizit des Staatshaushaltes** lag 2007 wegen gestiegener Steuereinnahmen aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs bei 2,0 % des BIP. Die ehemalige Regierung

Topolanek strebte in ihrem Ende 2007 aktualisierten Konvergenzprogramm auf der Grundlage tief greifender Reformen (Rentensystem, Gesundheitssystem und Arbeitsmarktreform) ein Defizits von 3 % des BIP im Jahr 2008, danach ein Defizit von 2,6 % in 2009 und 2,3 % in 2010 an. Ein konkretes Datum für die Euro-Einführung taucht in der Regierungserklärung nicht mehr auf. Diese wäre frühestens 2013 möglich, wird jedoch von der Regierung eher hinausgeschoben. Die tatsächliche staatliche Gesamtverschuldung betrug im Jahr 2007 30,1 % des BIP. Damit liegt Tschechien noch weit unter dem Maastrichter Konvergenzkriterium von 60 %. Problematisch ist hierbei, dass der Staat immer noch in ineffizienter Weise sehr viel für die öffentliche Verwaltung ausgibt und für die Konsolidierung einiger Banken Finanzmittel bereithalten muss. Befürchtet wird zudem aufgrund außenwirtschaftlicher Einflüsse, aber auch des enormen Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ein deutlicher Anstieg der **Inflationsrate**, die 2008 sogar auf über 6 % im Vergleich zum Vorjahr hochschnellte. Dies macht restriktive, korrigierende Maßnahmen seitens der tschechischen Nationalbank notwendig, um die Inflationsentwicklung einzudämmen. Durch die gesunkene gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Gefolge der Rezession ging die Inflationsrate nunmehr deutlich zurück auf ca. 1 %.

Der **Privatsektor** hat sich nach der harten Phase der ökonomischen Systemtransformation fest etabliert und erbringt den größten Teil der tschechischen Wirtschaftsleistung. Privateigentum ist inzwischen die am weitesten verbreitete Form von Eigentum. Die Mechanismen des Markteintritts bzw. -austritts funktionieren, müssen jedoch verbessert werden, um die ökonomischen Anpassungsprozesse effizienter zu machen. Die tschechischen Unternehmen sind im Vergleich zu früheren Jahren wettbewerbsfähiger geworden, was auch auf die Hilfe durch den enormen Zustrom von Kapital durch ausländische Direktinvestitionen zurückzuführen ist. Ein Beispiel ist der Erwerb des tschechischen Automobilherstellers Škoda durch den Volkswagen-Konzern. Die Registrierung von neu gegründeten Unternehmen und betrieblichen Veränderungen ist weiterhin aufgrund bürokratischer Hürden unnötig langwierig. Auch die Bankenprivatisierung wurde bereits im Jahre 2001 weitgehend abgeschlossen. Die Rechtsangleichung an die EU ist im Justizbereich nahezu abgeschlossen.

In außenwirtschaftlicher Hinsicht kann festgestellt werden, dass **Tschechiens Außenhandel** seit dem EU-Beitrittsjahr 2004 bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, die auch das Exportland Tschechien hart trifft, kräftig anstieg. Die tschechischen Ausfuhren nahmen 2007 um 15,0 % zu, während die Einfuhren um 13,1 % anstiegen. Tschechien erwirtschaftete damit nach 2005 zum dritten Mal in Folge einen leichten Handelsbilanzüberschuss. Unter den **Handelspartnern** der **Tschechischen Republik** steht **Deutschland** weiterhin mit einem Anteil von ca. 31,0 % der tschechischen Exporte und 28,0 % der tschechischen Importe mit deutlichem Abstand an erster Stelle. Der bilaterale Handel hat sich 2007 mit deutschen Einfuhren von 27,5 Mrd. Euro und deutschen Ausfuhren von 24,0 Mrd. Euro auf sehr hohem Niveau stabilisiert, bei einem Handelsbilanzüberschuss von 3,5 Mrd. Euro zugunsten Tschechiens. Die Tschechische Republik, die 2007 knapp 78 % ihres Außenhandels mit der EU abwickelte, liegt unter den mittel- und osteuropäischen Handelspartnern Deutschlands hinter Russland und Polen auf Platz drei und weltweit betrachtet an zwölfter Stelle. Tschechien strebt eine stärkere geographische Diversifizierung seiner Exporte durch Zuwächse auch auf Märkten außerhalb der EU (China, Indien, Russland etc.) an. Das Defizit der tschechischen Leistungsbilanz hat sich insbesondere wegen großer Dividendenabflüsse 2007 leicht verringert und betrug 3,0 % des BIP. Als Standort mit langer Industrietradition bleibt die Tschechische Republik für ausländische Investoren attraktiv. Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen betrug 2007 knapp 6,7 Mrd. Euro. Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen sorgen heute für über 50 % der tschechischen Industrieproduktion, über ein Drittel der Industriebeschäftigung und ca. 70 % der tschechischen Exporte.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise durchaus günstig. Im Jahr 2008 lag die durchschnittliche **Arbeitslosenquote** sogar bei unter 5 % und damit deutlich unter den Werten großer europäischer Volkswirtschaften. Die EU-weite Rezession machte auch vor Tschechien nicht halt, auch wenn das Land von der Krise weniger hart betroffen war als bspw. Spanien, Ungarn oder auch Deutschland. 2009 trat hingegen eine deutliche Schrumpfung der Volkswirtschaft auch aufgrund der zurückgegangenen Exporte ein (-4,8 %). Mittlerweile ist Tschechien im Jahr 2010 wieder auf einen zögerlichen Wachstumspfad zurückgekehrt. Die mit dem konjunkturellen angestiegene Arbeitslosenquote beträgt jedoch nunmehr über 8 %, auch weil es in Tschechien keine Kurzarbeiterregelung gibt und so Produktionsminderauslastungen nicht aufgefangen werden konnten.

Mehr und mehr sind Teile der tschechischen Wirtschaftssektoren von ungelerten ausländischen Arbeitskräften abhängig, besonders aus Polen, der Slowakei und der Ukraine (hier vor allem im Bausektor). Problematisch ist für die Investitionstätigkeit, dass Ausländer weder Immobilien noch Grundstücke kaufen können. Gleichwohl herrscht in Tschechien eine **starke regionale Differenzierung** hinsichtlich der Arbeitslosigkeit. Während in den „Boom-Regionen“ um Prag und Brunn Knappheitslöhne gezahlt werden und eine sehr niedrige Arbeitslosenquote herrscht, sind bspw. Nordböhmen oder Ostmähren von enormen strukturellen Verwerfungen mit hoher Arbeitslosigkeit von deutlich über 10 % der Erwerbspersonen gebeutelt. Eine nennenswerte Auswanderungswelle hat anders als im Nachbarland Polen nicht stattgefunden, zumal auch die Motivation zur Binnenmigration in Tschechien begrenzt ist.

Erhebliche **Infrastrukturmaßnahmen** mit entsprechenden finanziellen Kosten waren insbesondere nach den beiden Hochwasserkatastrophen 2002 zur Modernisierung des Eisenbahnwesens, der Energieversorgung und dem Ausbau des Straßennetzes notwendig. So besteht beispielsweise ein großer Teil des Eisenbahnnetzes aus einspurigen Verbindungen; nur auf einem kleinen Teil der Gesamtstrecke kann mit einer Geschwindigkeit von über 120 km/h gefahren werden.

Der **Umweltzustand** in Tschechien ist in vielen Bereichen noch immer erschreckend schlecht, so dass große Folgekosten auf die tschechische Volkswirtschaft zukommen werden (Waldsterben, Luftverschmutzung). Hier besteht trotz beträchtlicher Investitionen vor allem in die Verbesserung der Luft- und Wasserqualität noch immer erheblicher Nachholbedarf. Denn obwohl die Gesetzgebung im Umweltschutz mittlerweile längst die EU-Standards erreicht hat, führen beispielsweise die hohen Umrüstkosten (z. B. der Kohlekraftwerke) dazu, dass die praktische Umsetzung noch mangelhaft ist. Hier wurden in den Verhandlungen mit der EU lange Übergangsfristen zur Umsetzung der harten Umweltstandards vereinbart.

Tschechien ist abhängig von einer weiteren **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum. Das Land will nicht die sozialen Absicherungen vieler „alter“ EU-Länder übernehmen, da es seinen komparativen Vorteil (Kostenvorteil im Vergleich zu anderen EU-Ländern) in den relativ kostengünstigen, gut ausgebildeten Arbeitskräften sieht. Durch die hohen Lohnnebenkosten (Kranken- und Rentenversicherung) würden die Lohnstückkosten allerdings steigen und die Produktion in Tschechien daher weniger attraktiv werden. Deutlich wird, dass Tschechien langfristig kein Billiglohnland ist, sondern eher technologie- und humankapitalintensive Zukunftsindustrien forcieren muss. Gerade durch den ungebrochenen Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen, insbesondere aus Deutschland, findet eine Produktivitätssteigerung statt. Vor allem im intraindustriellen Handel und der industriellen Produktion von Halbfertig- und Fertigerzeugnissen (Fahrzeugtechnik, Maschinenbau etc.) zeigt sich das enorme

Potenzial Tschechiens, das immerhin schon in den 1930er Jahren zu den am besten entwickelten Volkswirtschaften weltweit gehörte.

Kultur

Film (Miloš Forman – „Amadeus“, „Hair“, „Einer flog über das Kuckucksnest“; Jiří Menzel), **Musik** (Bedřich Smetana, Antonín Dvořák) und **Literatur** (Václav Havel, Milan Kundera, Pavel Kohout, Ivan Klíma, Bohumil Hrabal) spielen für die TschechInnen mit ihrer typisch ironisch-humorigen, für Deutsche manchmal etwas eigenwillig und spröde wirkenden Art, eine immens wichtige Rolle. Vor einiger Zeit konnte in Deutschland die „Tschechische Bibliothek“ mit der Herausgabe des 33. Bandes abgeschlossen werden. Damit wurde zweifelsohne ein wichtiger Beitrag zur Steigerung des Bekanntheitsgrades unseres mitteleuropäischen Nachbarlandes geleistet. Sprachwitz, literarische Vielfalt, tschechischer Humor und Experimentelles, aber auch eine düster-tragische Komponente kennzeichnen die Literatur unseres östlichen Nachbarn. Von Jaroslav Hašek über Josef Jedlička, Jan Čep, Bohumil Hrabal, Milada Součková und Božena Němcová reicht die Liste dieser bislang einzigartigen Bibliothek bis Karel Čapek, einem der wichtigsten tschechischen Schriftsteller und Philosophen des 20. Jahrhunderts, sowie Jan Neruda. Und natürlich darf der berühmte Pädagoge und Dichter Johann Amos Comenius in dieser Aufzählung nicht fehlen. Im August 2007 wurde zum Abschluss der „Tschechischen Bibliothek“ im Berliner Schloss Bellevue ein großer Festakt mit den beiden Staatsoberhäuptern als Schirmherren veranstaltet.

Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- Politische Polarisierung und Lagerbildung bei mangelhafter Konsolidierung der Parteienlandschaft stark ausgeprägt
- Neuer Ministerpräsident seit Juni 2010 Petr Nečas (Vorsitzender der konservativen Partei ODS); Nečas führt eine Regierungskoalition bestehend aus drei Mitte-Rechts-Parteien
- Scharfe wirtschaftliche Rezession bis Ende 2009 und Einbrüche in der Exportwirtschaft, daher Anstieg der zuvor moderaten Arbeitslosigkeit, im Jahr 2010 Festigung der konjunkturellen Lage und moderater Aufschwung
- Ausgeprägte realwirtschaftliche Integration in den europäischen Kernraum, bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise hohe reale Wachstumsraten des BIP und des Handelsvolumens, hohe Produktivität der Industrie
- Externe Währungsstabilität gewährleistet, interne Stabilität der tschechischen Währung ebenfalls gewährleistet durch Verringerung der Inflationsrate
- Fiskalische Konvergenz als Vorbereitung auf Beitritt zum Euro-Raum aufgrund des Staatshaushaltsdefizits noch nicht ausreichend
- Hohes Spezialisierungs- und Produktivitätspotenzial in der verarbeitenden Industrie und im intraindustriellen Handel
- Starke regionale Differenzierung, verstärkt durch Agglomerations- und Sogwirkung der Hauptstadt Praha
- Weiterhin bestehende soziale Ausgrenzung der ethnischen Gruppe der Roma
- Rückkehr Tschechiens ins kulturelle „Herz Europas“

Stand: August 2010